

Mehr als eine Krise: Wo müssen Wirtschaft und Politik den Hebel ansetzen, um zukunftsfähig zu werden?

Dr. Werner Marnette, Vortrag zur BKU-Bundestagung am 30. Oktober 2010

Wo stehen wir heute?

Noch bis vor wenigen Monaten war in der deutschen Politik und Wirtschaft das große Jammern angesagt. Staatsbankrott und Massenarbeitslosigkeit drohten. Heute vergeht kaum ein Tag, an dem nicht aus Kreisen der Wirtschaft neue Rekordergebnisse verkündet werden und die Politik sich auf sprudelnde Steuereinnahmen freut. Lohn- und Dividendenerhöhungen sind inzwischen in aller Munde.

Eines ist anders als bei früheren Aufschwungphasen: Die deutsche Politik staunt und traut sich nicht oder nur ganz leise, diesen Umschwung als Ergebnis ihrer Arbeit für sich zu reklamieren. Sie weiß selbst, dass sie nur wenig dazu beigetragen hat.

Die Krise ist aus deutscher Sicht anscheinend überwunden. Ich halte dagegen und stelle die These auf, dass wir die Krise längst noch nicht überwunden haben: Politik und Wirtschaft müssen noch umfangreiche Hausaufgaben erledigen, damit unser Land tatsächlich zukunftsfähig wird und im globalen Wettbewerb bestehen kann. Ich will dies mit zwei Beispielen begründen:

Bevölkerung verliert zunehmend Vertrauen

Politik und Wirtschaft sehen sich mit dem Grundproblem konfrontiert, dass weite Teile der Bevölkerung das Vertrauen in sie verloren haben. Hierdurch sinkt die Akzeptanz politischer Entscheidungen und gleichzeitig auch die Bereitschaft,

die Ziele und den Erfolg wirtschaftlichen Handelns zu unterstützen.

- Stuttgart 21 ist hierfür ein typisches Beispiel, aber auch die Elbphilharmonie, bei der exzessive Kostenüberschreitungen drohen.
- Ich gebe zu, dass ich für die Kernenergie eintrete. Doch den Weg, wie Politik und Wirtschaft die Laufzeitverlängerung durchzusetzen versuchten, kann ich nicht gutheißen. Die gemeinsame Unterschriftenaktion von Energiekonzernen und Industrie war genauso falsch wie der einseitige Besuch der Kanzlerin bei den Stromerzeugern. Dies wird dramatische öffentliche Auseinandersetzungen nach sich ziehen. Am Ende werden wieder die Gerichte entscheiden müssen.

Soziale Marktwirtschaft erodiert

Unsere Staatsquote ist einfach zu hoch. Ständig neue Eingriffe des Staates, aber auch der Ruf nach mehr Staat zersetzen schleichend die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft. Der Staat ist in der Regel ein schlechter Unternehmer. Unser deutsches Erfolgskonzept, welches über Jahrzehnte für Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und sozialen Frieden stand, scheint an Überzeugungskraft und Attraktivität verloren zu haben.

Der Grundsatz „So viel Eigenvorsorge wie möglich, so viel solidarische Hilfe wie nötig“ ist einer allgemeinen Versorgungsmentalität

und einem immer dichteren sozialen Netz gewichen. Der Anspruch, dass sich Leistung und Einsatzbereitschaft lohnen müssen, wird zunehmend verwässert. Deshalb auch die harte Diskussion in der Harz-IV-Thematik.

Zunahme der Staatsverschuldung ist ein Grundübel

Unverantwortlich ist die Zunahme der Staatsverschuldung. Der Schuldenhimalaya droht Bund, Länder und Gemeinden zu erschlagen. Dies nimmt dem Staat die Handlungsfähigkeit für wichtige Investitionen. Dies trifft die Menschen in ihrem unmittelbaren Lebensbereich – bei Schulen, Universitäten und in der Infrastruktur. Bis jetzt gibt es kein glaubwürdiges Konzept zur Reduzierung der Staatsverschuldung. Der ständige Hinweis auf die wirkungsvolle Schuldenbremse ab 2020 hat für mich fast nur Alibifunktion.

Die gewaltigen Finanzspritzen für einige Banken haben die Bürger geschockt. Die Stützung der maroden Finanzinstitute war zwar grundsätzlich richtig, ist aber für den Großteil der in den vergangenen beiden Jahren in Deutschland angehäuften Schulden verantwortlich.

Finanz- und Bankenwelt bietet weiterhin ein hohes Drohpotenzial

Den größten Vertrauensverlust der Bürger in die Wirtschaft hat die Finanzwirtschaft zu verantworten.

Der Schaden ist dort besonders groß, wo Politik und Finanzwirtschaft sehr eng miteinander vernetzt waren und noch immer sind. Einige Landesbanken, die IKB oder die HRE, sind hierfür erschreckende Beispiele.

Welche Lehren haben wir aus diesen Fehlentwicklungen gezogen? Ich behaupte: fast keine! Einige Großbanken arbeiten heute genauso wie vor der Krise.

Wo müssen Wirtschaft und Politik Hebel ansetzen?

Die Ängste unserer Bevölkerung sind ernst zu nehmen. Vor allem aber müssen Wege aufgezeigt werden, die Krise auch in den Köpfen der Menschen nachhaltig zu überwinden. Sonst ist unser demokratischer Rechtsstaat in Gefahr. Gerade deshalb muss es zu einem gemeinsam getragenen Umdenken und Handeln in Politik und Wirtschaft kommen. Die Leitplanken müssen Transparenz, Offenheit, Ehrlichkeit und das Ziel muss der Rückbau von Vertrauen und Glaubwürdigkeit sein.

Ludwig Erhard hat einmal gesagt: „Wer Politik – und das heißt das Schicksal eines Landes und Volkes – nach vorgestellten Werten und Zielen bewusst zu formen sucht, wird zugleich auch immer den Menschen und seine Reaktionen wie auch das Gefüge der Gesellschaft mit in Rechnung stellen müssen (...) Unser Tun dient nicht nur der Stunde, dem Tag oder diesem Jahr. Wir haben die Pflicht, in Generationen zu denken und unseren Kindern und Kindeskindern ein festes Fundament für eine glückliche Zukunft zu bauen.“

Wir brauchen eine eindeutige Rückbesinnung auf die Basis der Sozialen Marktwirtschaft, die kein Auslaufmodell ist! Hierauf möchte ich mit Blick auf die Wirtschaft und die Politik nachfolgend näher eingehen:

Die Aufgaben der Wirtschaft

Von höchster gesellschaftspolitischer Bedeutung wird es sein, ob und wie schnell es uns gelingen wird, unsere Sozialsysteme und den Arbeitsmarkt wieder in Ordnung zu bringen. Bekanntlich dominieren die Sozialausgaben unseren staatlichen Haushalt. Die demographische Entwicklung wird dies zusätzlich erschweren.

Der heute schon spürbare Fachkräftemangel wird sich verschärfen. Deshalb müssen wir den Anspruch haben, für die Innovationen und Arbeitsplätze von morgen die richtigen Menschen und die richtigen Qualifikationen anbieten zu können. Die Politik ist dazu alleine nicht imstande. Hierbei ist auch die Wirtschaft im eigenen Interesse in der Pflicht. Auch sie muss sich die Frage gefallen lassen, weshalb jedes Jahr über 100 000 junge und gut ausgebildete Menschen unser Land verlassen.

Daher ist die frühzeitige Integration von Menschen mit ausländischem Hintergrund, aber auch von deutschen, weniger lernbegabten Menschen eine wichtige Schlüsselfrage. In Zukunft werden wir auf niemanden verzichten können. Gemeinsam mit dem Staat müssen Bildungseinrichtungen geschaffen werden, die für alle wichtigen Bildungswege in allen Lebensphasen hochwertige Abschlüsse ermöglichen. Sie müssen eng mit der Wirtschaft kooperieren und sich an den Anforderungen der Berufe von morgen orientieren.

Eine der Grundvoraussetzungen ist allerdings, dass unser fragmentiertes Schul- und Bildungssystem endlich bundesweit homogenisiert wird. Es kann nicht sein, dass nach jeder Landtagswahl neue schul- und bildungspolitische Operationen, und diese zumeist noch ideologisch geprägt, am lebenden jungen Menschen durchgeführt werden dürfen.

Auch liegt es in der Pflicht der Wirtschaft, mit dafür zu sorgen, dass Frauen vermehrt in verantwortungsvollen Positionen hineinwachsen können, ohne dass dies dem Kinderwunsch entgegensteht. Ich sage aber auch, dass ich nichts von der Frauenquote halte.

Lohnkosten sind neben den Energiekosten mitentscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Mehr denn je liegt es gerade nach der Krise in der Verantwortung der Sozialpartner, Wertschöpfung und Arbeitsplätze hier in Deutschland zu erhalten.

Lohnerhöhungen oberhalb des Produktivitätszuwachses würden unweigerlich zu weiterer Verlagerung von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen aus Deutschland heraus führen.

Der Beweis ist längst erbracht. Ein wichtiger Beitrag für die heutige schnelle wirtschaftliche Erholung ist durch die moderate Lohnentwicklung der letzten Jahre geleistet worden. Beängstigend ist, dass sich die Politik auch jetzt wieder einmischte und damit gegen die Tarifautonomie verstößt.

Die Unternehmen

Besonders wichtig erscheint mir, dass wir den industriellen Kern unserer Wirtschaft stärken. Wir müssen auf den gesunden Mix von Industrie, produzierendem Gewerbe und Dienstleistung hinarbeiten. Sprüche wie „Wir befinden uns auf dem Weg von der Industrie- in die Wissensgesellschaft“ müssen nach den Erfahrungen der letzten Krise endgültig ad acta gelegt werden.

Die Rekonvaleszenzfähigkeit einer Volkswirtschaft nach einer Krise hängt stark vom Anteil des industriellen Kerns ab. Nur wer produziert, kann exportieren!

Auf die langjährige Erosion der Industrie in Deutschland auf inzwischen 25 Prozent, die politisch gewollt war, ist der strukturell be-

dingte Anstieg der Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Ein industrieller Arbeitsplatz sichert zwei bis drei Arbeitsplätze in den anderen Wirtschaftsbereichen, wie zum Beispiel der Dienstleistung. Die Industrie stellt zudem Arbeitsplätze für weniger qualifizierte Menschen zur Verfügung. Die Unternehmen und die Wirtschaft müssen den selbsternannten Weltverbessern, die den Nutzen von Gewinnen in Frage stellen, entschiedener entgegentreten. Den Menschen muss vermittelt werden, dass Unternehmen gewinnorientiert handeln müssen. Gewinne sind die Grundvoraussetzung für Forschung und Entwicklung, für Investitionen sowie für eine solide Unternehmensfinanzierung und Eigenkapitalbasis.

Die Banken und Finanzinstitute

Die Banken haben eine besondere Bedeutung und Verantwortung für das private und öffentliche Leben und vor allem für die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft. Ich halte nichts davon, diese von der sogenannten Realwirtschaft getrennt zu sehen. Für mich ist es unverantwortlich, dass sich einige Großbanken inzwischen wieder so verhalten, als sei nichts gewesen.

Eine angemessene und zwingend notwendige Auseinandersetzung mit den tatsächlichen Ursachen der Finanzkrise fehlt bislang und wird wohl im Erfolgsdusel des Aufschwungs abgewürgt werden. Auch vermisste ich die rigorose Einführung von Qualitätsstandards bei bestimmten Finanzinstrumenten.

Die jetzt diskutierte Einführung einer Banken-Abgabe für einen Verlustsicherungsfonds ist bei weitem nicht ausreichend. Ich bin kein Freund von staatlicher Regulierung, aber hier ist der Staat hoheitlich in der Pflicht: Die deutsche Banklandschaft sowie die Überwachungsstrukturen der Banken müssen zwingend neu geordnet und

reguliert werden. Wir brauchen keine Landesbanken mehr, allenfalls regionale Investitionsbanken.

Auch fordere ich schärfste Qualitätsanforderungen bei der Besetzung von Bankvorständen und Bankaufsichtsräten. Seilschaften, auch politische, müssen zwingend unterbunden werden.

Selbst Experten warnen bereits vor einer erneuten Finanzkrise, weil bei den deutschen Banken noch mehr als 200 Milliarden Euro an Problempapieren schlummern! Wenn nicht bald gehandelt wird, ist zu befürchten, dass wir mittelfristig eine nächste Finanzkrise erleben könnten, wenn sich aus bilanzierten Scheinwerten (Fair Value) weiterer Wertberichtigungs- und Abschreibungsbedarf ergeben könnte.

Die Bankenwelt muss sich wieder auf ihre traditionelle Rolle besinnen, nämlich Dienstleister für die Wirtschaft und die Menschen zu sein. Es darf kein Bankgeschäft um seiner selbst willen geben und das Bankgeschäft muss im Kern eine dienende Funktion zurückgewinnen.

Die Aufgaben der Politik und der Regierungen

Es gibt viele Handlungsfelder für den Staat, auf denen dieser die Initiative für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes leisten müsste. Das fängt an bei einer soliden und sparsamen Haushaltsführung und endet beim Abbau von Subventionen.

Ich fürchte, dass dies ein Wunschtraum bleiben könnte, wenn es uns nicht gelingt, eine höhere Qualifikation und Fachkompetenz in der Politik anzusiedeln. Dem alten Prinzip „Parteienproporz“ geht vor Leistung muss endgültig eine Absage erteilt werden. Die Wirtschaft sollte gut ausgebildeten jungen Menschen die Chance für eine vorübergehende politische Karriere bieten.

Rahmenbedingungen für Wettbewerbsfähigkeit schaffen

In Deutschland haben wir in erster Linie ein staatlich verordnetes Kosten- und Abgabenproblem. Hier muss endlich gegengesteuert werden. Der von den Unternehmen und den Bürgern direkt beeinflussbare Kostenanteil wird zunehmend geringer. Deshalb gibt es aber auch die berechnete Diskussion um „mehr Netto vom Brutto“.

An manche Handlungsfelder, die dringend überprüft werden müssten, wagt sich der Staat von vornherein nicht heran, da diese zum Teil ideologisch sehr stark belegt sind.

Dies betrifft etwa die Umwelt- und Energiepolitik, zumeist noch verbunden mit hohen Subventionen, welche die finanziellen Belastungen der Bürger und der Wirtschaft unverantwortlich hoch getrieben haben. Die dramatische Überförderung der Photovoltaik ist hierfür ein erschreckendes Beispiel.

Steigende Energiepreise vernichten Arbeitsplätze und treiben ganze Industriezweige aus unserem Land. Hier ist der Staat in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass Versorgungssicherheit, Klimaschutz und wettbewerbsfähige Preise wieder eine gleichrangige Bedeutung erhalten. Allein der Bürokratieabbau könnte ein Konjunkturprogramm von über 30 Milliarden Euro, die permanent eingespart würden, realisierbar machen.

Abbau der Verschuldung vorantreiben

Staatliche Schulden sind die Folgen falschen Wirtschaftens und von Missmanagement beim Umgang mit Steuern. Der Abbau des gigantischen Schuldenberges gehört damit zu den höchsten Pflichten der Politik. Daher ist es richtig, dass die Bundes- und die Landesregierungen versuchen, mit umfangreichen Sparpaketen den Schuldenberg ab-

zubauen und Gestaltungsspielraum zurückzugewinnen.

Allerdings ist es bisher noch nie gelungen, ein Unternehmen – geschweige denn ein Land – allein durch Sparen zu retten. Hierfür muss auch die Einnahmeseite langfristig verbessert werden. In das Gesamtkonzept gehören daher auch Ausgaben für Projekte in Bildung, Innovationen und Wachstum, um so auf lange Sicht die Wettbewerbsfähigkeit und Investitionskraft des Landes zu stärken.

Mit Recht darf der Bürger erwarten, dass alle Maßnahmen, zumal diese sehr weh tun, sorgfältig geplant und auf ihre Machbarkeit geprüft worden sind; dazu gehört auch ihre soziale Verträglichkeit. Zu einem erfolgreichen Sparprogramm gehört auch eine jährliche Erfolgsrechnung sowie eine Bilanz des Landes, die den Bürgern Aufschluss darüber geben, welche Effekte pro Jahr tatsächlich zu erwarten sind.

Entschieden müssen sich die Bürger und die Wirtschaft dagegen wehren, dass inzwischen in manchem Politiker-Kopf das Inflationsszenario durchgespielt wird. Leider sehen immer mehr politikt nahe Ökonomen die Inflation als probates Mittel an, die hohen Schulden der Staaten zu entwerten.

Staat muss sich aus der Wirtschaft zurückziehen

Vieles deutet darauf hin, dass Politik und Staat nicht nur kurzfristig als Retter aufgetreten sind – sondern sich auf Dauer auch in der Wirtschaft einnisten wollen. Und das wäre verantwortungslos. Dies betrifft vor allem den Bankensektor. Die Aufgabe des Staates kann nur sein, die Umfeldbedingungen für die Wirtschaft optimal zu gestalten; bei ihm liegt also die Verantwortung für den Rahmen oder für die Leitplanken des privaten, öffentlichen

und wirtschaftlichen Lebens. Als Unternehmer darf sich der Staat nicht betätigen. Dafür gibt es zu viele Negativbeispiele.

Als exportorientiertes Land brauchen wir die Industrie und ein starkes produzierendes Gewerbe. Deshalb müssen Wertschöpfungsketten in Deutschland erhalten bleiben. Dies erfordert eine klare Rohstoff- und Industriepolitik.

Das politische Interesse an Rohstoffsicherung und Stärkung des industriellen Kerns ist über viele Jahre dramatisch gesunken. Andere Länder wie China, Indien, Brasilien, Russland verfolgten dagegen eine völlig gegenteilige Strategie. Alleine China sicherte sich – fast unbemerkt vom Rest der Welt – einen gigantischen Zugriff auf wichtige Rohstoffbasen in Südamerika und Afrika.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir uns 16 Bundesländer auf Dauer nicht mehr erlauben können. Die Anzahl sollte auf acht bis zehn reduziert werden. Der deutsche Föderalismus ist hochkomplex und entschieden zu teuer. Städte und Gemeinden sind für die Menschen und die Unternehmen viel wichtiger als das Bundesland. Denn sie sind die Ebene, auf der das Leben der Bürger und der Unternehmen konkret stattfindet.

Würde dieser unmittelbare Lebensraum der kommunalpolitischen Gestaltung und Ordnung entgleiten, dann gerät auch die Qualität unserer Zivilgesellschaft in große Gefahr.

Was folgt daraus?

Die Analyse der Ist-Situation und auch die notwendigen Schritte sind relativ einfach und seit langem bekannt – jetzt sind Taten gefordert: beim Bund, bei den Ländern, bei den Banken und in der Wirtschaft. Niemand darf sich der Verantwortung

entziehen, sich jetzt mit höchstem Engagement für die Zukunft unseres Landes einzusetzen.

Neben rein kommerziellen Überlegungen wird hierbei auch eine politisch-ethische Wertediskussion unverzichtbar sein, ohne die der Vertrauensverlust in unserer Bevölkerung und vor allem in unserer Jugend nicht rückgängig gemacht werden kann.

Hier sehe ich auch unsere Kirchen und unsere Universitäten in der Pflicht. Keine Sorge, wir brauchen nichts Neues zu erfinden, denn die Ethik des Christentums bietet die besten Voraussetzungen.

Tun wir dies nicht, droht uns in den nächsten Jahren eine gefährliche Mischung aus staatlichem Interventionismus, Staatsschulden, Inflation und niedrigem Wachstum. Und weiter der Verlust an gut ausgebildeten jungen Menschen, die ihre Zukunft nicht mehr in Deutschland sehen.

Wir brauchen jetzt zwingend die positive Erfahrung der Veränderung und des wirtschaftlichen Fortschritts beim überwiegenden Teil unserer Bevölkerung, insbesondere bei unserer Jugend. Wenn die Früchte wirtschaftlicher Tätigkeit nur noch einem immer kleiner werdenden Prozentsatz der Bevölkerung zufallen, dann könnte die moralische und zivilisatorische Entwicklung unserer Gesellschaft in Gefahr geraten. Meine Damen und Herren, es war etwas harte Kost, aber ich hoffe, dass ich Ihnen aufzeigen konnte, wo nach meiner Auffassung Wirtschaft und Politik die Hebel für die Zukunft ansetzen müssten.

Minister a.D. Dr. Werner Marnette war Vorstandsvorsitzender der Norddeutschen Affinerie AG in Hamburg.

Impressum:

Die Grünen Seiten erscheinen als Dokumentationsdienst im BKU-Journal des Bundes Katholischer Unternehmer e.V. · Georgstraße 18 · 50676 Köln
Tel. 0221/27237-0 · Fax 0221/2723727 · E-Mail: unterberg@bku.de · www.bku.de · Redaktion: Peter Unterberg · ISSN 1865-4576